

Klimaevent: Mit Klaus und ohne Paul

Nicht alle PolitikerInnen nutzen jede Chance, sich Publicity zu verschaffen. Da sitzt die erlesene Gesellschaft der 13. internationalen Klimabündnis-Jahreskonferenz mitsamt dem delegierten Luxemburger Außenminister im vornehmen "Tutesall" und wartet ... auf den Gastgeber und Bürgermeister der Hauptstadt. Vergeblich. "Ein Fehler in der Terminplanung der Gemeinde", so die Erklärung für Paul Helmingers Abwesenheit und dafür, dass auch kein Stellvertreter erschien, um ein Grußwort an die Gäste zu richten. Seltsam, denn die Stadt Luxemburg war maßgeblich an den Vorbereitungen dieser Konferenz beteiligt, die passend zum 10. Geburtstag des hiesigen Klimabündnisses im Großherzogtum stattfand.

Der Stargast und Direktor des UN-Umwelt- und Entwicklungsprogramms, Klaus Töpfer konnte zudem kaum über die weiteren Absagen von Promis hinwegtrösten: In seiner aus der Schublade hervorgekrumten Ansprache bemühte sich der frühere deutsche Umweltminister (CDU) zwar redlich, den lokalen Bezug herzustellen. Zum Beispiel indem er die gewagte Gleichung "niedrige Mobilität ist gleich hoher Benzinpreis" aufstellte. An der Stelle vergaß der habilitierte Volkswirt, dass er seine Festrede im Billigbenzinland Luxemburg hielt. Nicht nur dieser Vergleich ging leicht daneben ...

Flächennutzungsgesetz: Konstruktionsschwächen

Einen neuen "train d'amendements" in Sachen "Flächennutzungsgesetz" hat die parlamentarische Innenkommission diese Woche ausgeheckt. Darin folgt sie dem Gutachten des Staatsrates vom 3. Mai nur teilweise: Der wollte in einer ersten Phase eine Änderung des Gesetzes von 2004 nur in puncto Anwendung der "Plans d'aménagement général" (PAG) und "Plans d'aménagement particulier" (PAP) während einer Übergangszeit zulassen und hatte anderen Vorschlägen der Regierung erst einmal eine Absage erteilt. Die Kommission hat die Änderungsvorschläge des Staatsrates zum Teil übernommen, zum Teil aber auch abgeschwächt, und sie hat selbst neue Änderungen formuliert. So müssen nun die PAP nicht mehr von UrbanistInnen ausgearbeitet werden. Sie werden auch nicht mehr von der "Commission d'aménagement" des Innenministeriums begutachtet, sondern sofort an den Innenminister weitergeleitet. Vor allem die Abschaffung des Listensystems mit zugelassenen RaumplanerInnen bewog den grünen Abgeordneten Camille Gira in einer Pressemitteilung zur Aussage, die traditionellen Parteien hätten sich definitiv den "différents lobbies de promoteurs et leurs architectes" gebeugt. Der Vorschlag, eine Übergangszeit von fünf Jahren einzuführen, innerhalb derer die Architekturbüros sich den neuen Gegebenheiten anpassen müssen, wurde nicht zurückgehalten. Nun, da der Staatsrat auch diese Vorschläge wieder begutachten muss, wird die Zeit so langsam knapp, um das Gesetz noch wie vorgesehen vor der Sommerpause anzunehmen.

Referendum: Störrisches Wahlvolk

Etwas nervös dürfte Premierminister Juncker beim Hören der neuesten Prognosen zum Luxemburger Votum beim Referendum geworden sein: Er hatte sein Verbleiben auf dem Posten des Regierungschefs von einem Ja abhängig gemacht. Die RTL-Ilres-Umfrage vom Mittwoch wird aber wohl auch bei den Parteien für ein mulmiges Gefühl gesorgt haben: Nach dem Motto "Irgendwo muss das Nein ja herkommen" finden sich ablehnende Haltungen im gesamten politischen Spektrum wieder. Besonders bei DP und Grünen steht die jasagende Haltung der Politpromis einem starken Nein innerhalb der Wahlklientel entgegen: Unter den WählerInnen dieser Parteien sind laut Ilres über 40 Prozent für ein Nein, während es bei CSV und LSAP immerhin noch 25 bis 30 Prozent sind, und beim ADR 90 Prozent. Ob sich vielleicht auch bei Déi Lénk, die das Nein vertritt, heimliche Ja-Fans verstecken, dazu machte Ilres-Mann Charles Margue auf der Antenne von RTL keine Angaben.

"Think global, act local" - Das Klimabündnis versucht seit 15 Jahren auf lokaler Ebene Klimaschutz zu betreiben. Über die Perspektiven der Initiative, sprach woxx mit der internationalen Geschäftsführerin Gotelind Alber.

(Foto: Christian Mosar)

**KLIMABÜNDNIS**

"Klar sagen, wohin es gehen muss"

Den CO₂-Ausstoß der Mitgliedsgemeinden bis zum Jahre 2010 halbieren, dieses Ziel hatte sich das Klimabündnis bei seiner Gründung 1990 gesetzt. Kann diese Vorgabe eingehalten werden?

Für die Mehrzahl der Mitglieder, leider nein. Es gibt zwar eine Reihe von Kommunen, besonders im Osten Deutschlands, die schon jetzt dieses Ziel erreicht haben. Das erklärt sich zum Teil durch den wirtschaftlichen Niedergang in der Region, allerdings nicht nur. Es wurden auch konkrete Maßnahmen wie Umstellung von Braunkohlekraftwerken auf sehr effiziente Gaskraftwerke oder Wärme-Kraft-Kopplung realisiert. Das Problem ist dort, dass es schwer sein wird, dieses niedrige Niveau zu halten. Der Verkehr nimmt zu, und damit wachsen auch die Emissionen wieder an. Daneben gibt es eine Reihe kleinerer Gemeinden, die das Ziel ebenfalls erreicht haben, primär durch den Einsatz von Biomasse. Aber die Mehrzahl der Mitglieder wird es nicht schaffen, den Ausstoß bis Ende des Jahrzehnts zu halbieren.

Hatte man 1990 zu weit gegriffen?

Als dieses recht pauschal formulierte Ziel aufgestellt wurde, gab es eine Art Aufbruchstimmung. Damals wurde von der Wissenschaft erkannt, dass langfristig die Treibhausgase sogar noch stärker reduziert müssten, um dem Klimawandel entgegen zu wirken. Als Klimabündnis wollten wir eine klare Aussage machen, wohin es gehen muss.

Dieses Jahr wurden von mehreren Mitgliedsgemeinden Anträge eingereicht, den Zeithorizont auf 2020 oder gar 2030 zu strecken. Ist das Klimabündnis in der Realpolitik angekommen?

Unsere Arbeit war immer auch ein Stück Realpolitik. Wir hatten von Anfang an mit Städten und Gemeinden zu tun, wo Realpolitiker am Werk sind. Vor Ort gibt es eine Mischung von

Visionären und von pragmatisch handelnden Politikern. Es ist keineswegs so, dass das Klimabündnis ein spezifisch grünes Projekt ist. Es gibt auch durchaus konservative Gemeinden, die sich der CO₂-Reduzierung verschreiben. Die Debatte um die Erreichbarkeit unserer Ziele haben wir schon einmal, im Jahre 2000 geführt. Viele Mitgliedsgemeinden hatten erkannt, dass sie dieses plakative Halbierungsziel bis 2010 wohl nicht erreichen würden. Trotzdem waren wir uns damals einig darüber, dass wir dieses Ziel, für das wir lange in einzelnen Gemeinden gekämpft hatten, nicht einfach aufgeben sollten. Stattdessen haben wir eine Klimabündnis-Erklärung herausgegeben, die das Ganze etwas differenzierter anging - allerdings auch schwerer vermittelbar war. Neben dem 50-Prozent-Ziel haben wir zusätzlich als langfristige Strategie einen CO₂-Ausstoß pro Kopf ausformuliert. Außerdem haben wir beschlossen, zumindest für größere Städte, kurzfristige, operationale Ziele festzulegen, die auch nachprüfbar sein sollen.

Ist die von Rot-Grün initiierte energiepolitische Wende in Deutschland, nach den jüngsten Wahlen nicht ernsthaft in Gefahr?

Ich glaube nicht. Das Klimabündnis hatte seine Hauptwachstumsphase in den neunziger Jahren, also einer Periode als vor allem noch die frühere christlich-liberale Regierung an der Macht war. Es ist schon

richtig, dass es zuletzt im Bereich der erneuerbaren Energien wesentlich bessere Bedingungen gab, aber der Keim dieser Politik war schon von der vorherigen Regierung gelegt worden. Die Aktivitäten in den Städten und Gemeinden werden nicht so sehr von der nationalen Politik bestimmt.

Spielt die Entwicklung auf Bundesebene überhaupt keine Rolle?

Was jetzt in Frage gestellt ist, sind Finanzierungsmöglichkeiten für die Aktivitäten der Koordination, nicht zuletzt weil jetzt verschiedene Anträge von der noch amtierenden Regierung bis zu den Neuwahlen nicht mehr beschieden werden. Was in den Gemeinden aber weit schwerer wiegt, sind die Finanzprobleme, die es in den letzten Jahren auf kommunaler Ebene gegeben hat. Klimaschutz ist eine freiwillige Aufgabe der Kommunen. Im Falle einer Rezession, sind es immer zuerst die freiwilligen Bereiche, in denen abgespeckt wird. Jetzt, nach der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls, müssten wir natürlich überlegen, den Klimaschutz zu einer Pflicht der Gemeinden zu machen. Die Regierungen haben ein Interesse daran, das zu unterstützen, denn sie sind ja Verpflichtungen eingegangen und sie brauchen die Kommunen um diesen nachzukommen.

Aber reicht der kommunale Ansatz? Viele Probleme, wie etwa der Pendlerverkehr, übersteigen ja die lokale Ebene.

Das Problem besteht, deshalb ist ja die verstärkte Zusammenarbeit der Kommunen in der Region so wichtig. In Deutschland denke ich da an Hannover oder Stuttgart wo auch im Bereich Klimaschutz in der Region verstärkt zusammengearbeitet wird, während es zum Beispiel in Brüssel, das nicht zum Klimabündnis gehört, aber in anderen Netzwerken mitmacht, wegen unterschiedlicher staatlicher und lokaler Kompetenzen sehr schwierig ist, voranzukommen. In Frankreich gibt es die "communautés urbaines", denen die ganze Verkehrspolitik zudelegiert wird. Das kann ein großer Vorteil sein, um in der Region eine Kohärenz zu schaffen. Der Nachteil ist allerdings, dass die "communautés" kein öffentliches, politisches Entscheidungsgremium haben. Das schränkt dann auch die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten ein.

Dieses Jahr war die Verkehrspolitik eines der Hauptthemen der Klimabündnis-Jahrestagung. Wie lässt sich der Zusammenhang Klimaschutz und Mobilität vermitteln?

Das ist nicht einfach. Es sind psychologische Faktoren, wie das Auto als Statussymbol, mit im Spiel. Aber es mischt auch eine Fahrzeugindustrie mit und ein Gesetzgeber, der zum Beispiel den Flottenverbrauch eines bestimmten Herstellers auf so und soviel Liter beschränken könnte. Da haben die Kommunen wenig Einflussmöglichkeiten, es sei denn sie sind so mutig wie London und führen eine City-Maut ein.

Immer mehr Entscheidungen fallen auf europäischer Ebene. Wie wichtig ist diese Dimension für das Klimabündnis?

Das stimmt, obwohl unsere Regierungen immer behaupten, sie hätten nichts damit zu tun. Doch was in Brüssel beschlossen wird, wird von den einzelnen Regierungen vorher abgesegnet. Grundsätzlich finden wir, dass die Tendenz, mehr Entscheidungen auf EU-Ebene zu verlagern, sinnvoll ist, immerhin kommen von dort auch sehr fortschrittliche Initiativen, etwa im Energiebereich. Als europäischer Verband ist es für das Klimabündnis wichtig, auf die politischen Prozesse einzuwirken. Für die einzelnen Gemeinden ist es nicht immer so einfach, vom europäischen Austausch zu profitieren. Der Aufwand ist doch sehr groß. Nichtsdestotrotz ist er sehr wichtig, weil alle voneinander lernen können. Ein witziges Beispiel ist Barcelona, das für eine Verfügung ausgezeichnet wurde, die bei jedem Neubau den Einsatz von Solarenergie zwingend vorschrieb. Inzwischen haben das andere spanische Kommunen übernommen. Diese Regelung hatte sich Barcelona von Berlin abgekuckt. Dort hatte man schon vor Jahren eine solche Bestimmung beschlossen - allerdings haben es die Berliner nie geschafft dies umzusetzen, wie die Vertreter aus Barcelona, zu ihrem großen Entsetzen, erst im Nachhinein erfahren haben.

Das Gespräch führte Richard Graf

Zur Person

Die Diplom-Physikerin Gotelind Alber, Jahrgang 1955, ist seit 1992 hauptamtlich für das "Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder" tätig. Seit 1997 ist sie Geschäftsführerin der internationalen Organisation, deren Sitz in Frankfurt am Main ist. In Luxemburg haben sich 24 Gemeinden der Initiative angeschlossen. Am 24. und 25. Mai hielt das Klimabündnis seine Jahrestagung und Mitgliederversammlung in Luxemburg ab.